



Sie machen Urlaub...
Ihre CZ sammeln wir für Sie bei uns:
Kurzer Anruf genügt:
Tel. 0800 1432110
*kostenfreie Service-Rufnummer
www.cellefische-zeitung.de

Fall Lüttig: Ministerin unter Druck

CDU kritisiert Vorgehensweise

Noch ist es nicht offiziell, doch es wird damit gerechnet, dass heute die Ermittlungen gegen den Celler Generalstaatsanwalt Frank Lüttig eingestellt werden. Die Opposition bringt sich deshalb schon einmal gegen die Justizministerin in Stellung.

HANNOVER. In der Affäre um den Celler Generalstaatsanwalt Frank Lüttig erhöht die Opposition den Druck auf Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne). Sollten die von ihr im Februar im Landtag öffentlich gemachten Ermittlungen gegen Lüttig wegen Geheimnisverrats nun eingestellt werden, sei die Ministerin nicht mehr tragbar, erklärten der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler und FDP-Fraktionsvize Stefan Birkner.



Antje Niewisch-Lennartz

Niewisch-Lennartz will heute den Rechtsausschuss des Landtags über den Stand der Ermittlungen informieren. Am selben Tag soll das Verfahren gegen Lüttig eingestellt werden. Von offizieller Seite gab es dafür bisher keine Bestätigung.



Frank Lüttig

„Dass eine Justizministerin Verfahren gegen einzelne Landesbeamte in der Öffentlichkeit ausbreitet, ist für sich genommen bereits höchst problematisch. Wenn sich die Vorwürfe dann auch noch als falsch erweisen, ist das skandalös“, sagte Thümler. Sollten die Vorwürfe gegen Lüttig

letztlich unbegründet sein, „müsse man davon ausgehen, dass die Entscheidung, den Namen eines Beschuldigten zu nennen, politisch motiviert war“, erklärte Birkner. Lüttig ist CDU-Mitglied.

Der derzeit krankgeschriebene Jurist hatte in seiner Eigenschaft als Generalstaatsanwalt die Aufsicht über die von der Staatsanwaltschaft Hannover geführten Ermittlungsverfahren gegen Wulff und Edathy. Er hat aber bestritten, Vertraulichkeiten an die Öffentlichkeit gegeben zu haben. In beiden Fällen waren immer wieder Interna der Ermittler publik geworden.

Ex-Bundespräsident Christian Wulff war im Februar 2014 vom Vorwurf der Vorteilsannahme in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident freigesprochen worden. Im März 2015 war das Verfahren gegen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy wegen Kinderpornografie gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 5000 Euro eingestellt worden. (Ini)



Benjamin Westhoff

Viel Spektakel bei Winer Ritterspielen

Rund 9000 Besucher haben sich am Wochenende die Deutsche Meisterschaft der Ritterschaften in Winsen angeschaut. Sie sahen die Wettkämpfe in der Stechbahn und wurden bei zahlreichen Schaukämpfen mit Pferden und Fußtruppen unterhalten. Ritterschaften und Ritterbünde aus ganz Deutschland sowie Belgien waren am Start. Mehr als 500 Akteure sorgten auf dem Winer Schützenplatz für die Zeitreise ins Mittelalter. (siz) Seiten 7 und 8

„Arbeitslosenversicherung reformieren“

BERLIN. Fast jeder vierte Beschäftigte, der arbeitslos wird, erhält statt Arbeitslosengeld lediglich die Grundsicherung Hartz IV. Dies geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Frage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer hervor. Betroffen seien vor allem kurzfristig und prekär Beschäftigte.

Pothmer forderte die Koalition auf, die Arbeitslosenversicherung zu reformieren. Sie kritisierte etwa, dass man binnen zwei Jahren mindestens zwölf Monate in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben muss, bevor man überhaupt Anspruch auf sechs Monate Arbeitslosengeld habe. Zukünftig sollten Versicherte

im Falle von Arbeitslosigkeit früher Leistungen beziehen und bereits nach vier Monaten Beitragszahlungen Anspruch auf zwei Monate Arbeitslosengeld haben, forderte die Politikerin. Die Bezugsdauer solle dann mit der Leistungsdauer steigen. Das steuerfinanzierte Hartz-IV-System würde so entlastet. (dpa)

Brüssel geht gegen Pkw-Maut vor

BRÜSSEL. Die EU-Kommission wird rechtlich gegen die auch in Deutschland umstrittene Pkw-Maut vorgehen. Man habe „erhebliche Zweifel“, dass das Gesetz das Prinzip der Nicht-Diskriminierung von Ausländern erfülle, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Diese Zweifel muss die Kommission als Hüterin der Verträge nun in einem Vertragsverletzungsverfahren klären, wenn nötig vor dem Europäischen Gerichtshof.“ Die Nicht-Diskriminierung sei ein fundamentales Vertragsprinzip.

Brüssel hatte bereits angekündigt, die für 2016 angekündigte Maut genau zu prüfen. Denn die Abgabe zahlen letztlich nur ausländische Fahrer,

Inländer sollen ihr Geld über eine Senkung der Kfz-Steuer zurückbekommen. Das EU-Recht untersagt aber die Benachteiligung von Ausländern. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat stets betont, die Maut stehe im Einklang mit europäischem Recht.

Laut der Zeitung „Welt“ beginnt das Verfahren möglicherweise noch vor Beginn der Sommerpause. Dies hänge auch davon ab, wann Bundespräsident Joachim Gauck das Gesetz unterzeichnet und der Text im Gesetzblatt veröffentlicht wird. Der Bundesrat hatte das Prestigeprojekt der CSU Anfang Mai gegen den Widerstand mehrerer Bundesländer gebilligt. (dpa)



Philipp von Dittfurth

Jubel in Wolfsburg

Kapitän Diego Benaglio reckt den gut 30.000 wartenden Fans des VfL Wolfsburg am Hauptbahnhof der VW-Stadt den DFB-Pokal entgegen. Das Team gewann das Finale gegen Borussia Dortmund am Samstag mit 3:1. (dpa) Seiten 19 und 20

Mehr Frauen in die Bundeswehr

BERLIN. Der Frauenanteil bei der Bundeswehr soll nach dem Willen von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf 20 Prozent klettern und sich damit nahezu verdoppeln. „Die Franzosen haben in den Streitkräften einen Frauenanteil von 20 Prozent. Auf mittlere Sicht sollten wir das auch schaffen“, sagte die CDU-Politikerin. Derzeit machen Frauen elf Prozent der Truppe aus.



Ursula von der Leyen

Der Trend zeigt nach den Worten der Ministerin weiter nach oben. „Beim freiwilligen Wehrdienst, der für viele der

Einstieg ist, haben wir von Anfang 2013 bis heute die Zahl der Frauen nahezu verdoppelt. Bei den jungen Offizieren, also denen, die sich für eine Karriere bei der Bundeswehr entscheiden, ist der Frauenanteil sogar auf 23 Prozent gestiegen.“ Es gehe also in die richtige Richtung.

Das bisher ausgegebene Ziel der Ministerin war 15 Prozent Frauenanteil. Seit 2001 stehen Frauen alle militärischen Laufbahnen bei der Bundeswehr offen, vorher waren es nur einzelne Tätigkeiten wie der Sanitätsdienst. (dpa)

WETTER



15
10

HEUTE

SEITE 22



19
14

MORGEN

BLICKPUNKT

Schulstart in Ruinen

Kinder in Nepal gehen erstmals seit dem verheerenden Beben wieder zum Unterricht. Doch Tausende Schulgebäude sind zerstört. Seite 2

POLITIK

Neue Spannungen

Eine russische Liste mit Einreiseverboten für Dutzende europäische Politiker sorgt für neue Spannungen zwischen Moskau und der EU. Seite 3

NIEDERSACHSEN

Klagen über Polizisten

Die neue Beschwerdestelle des Innenministeriums wird gut angenommen. Bislang gab es 164 Proteste über Polizisten. Seite 4

WELTSPIEGEL

Vollrausch im Mutterleib

Bundesweit kommen jährlich rund 10.000 Babys mit alkoholbedingten Schädigungen zur Welt. Ihr Schicksal wäre vermeidbar. Seite 5

